FRÄNKISCHE NACHRICHTEN

TAUBERBISCHOFSHEIM

BILD: DPA

KAUZIG UND IRRE KOMISCH

Joachim Meyerhoff-Verfilmung mit Devid Striesow im Kino ▶ Kultur

PRÄCHTIGE STIMMUNG BEI DEN „ROOTZE"

Farbenfrohes närrisches Treiben am Rosenmontag in Oberlauda ▶ Lokales

DIENSTAG 21. FEBRUAR 2023 · NR. 43 | FNWEB.DE | B 2917 · Preis: 2,70 €

Wettergott ein Assamstadter

Assamstadt. Welch traumhaftes Wetter! Geschätzte 30 000 Narren – so viele wie wohl nie zuvor – kamen am Montag bei strahlendem Sonnenschein nach Assamstadt, um dem traditionellen Rosenmontagszug – dem größten und bedeutendsten Gaudiwurm in der gesamten Region – beizuwohnen. Insgesamt präsentierten sich dem Publikum 44 Zugnummern, wobei der Fantasie keine Grenzen gesetzt waren. Ein Event, das in die Annalen der Fastnachtsgesellschaft „Schlackohren" eingehen wird. *ktm* (BILD: KLAUS T. MENDE)

▶ Bericht Lokales

WETTER

Heute
12/4 °C
Sonnig

Mittwoch
12/2 °C
Leicht bewölkt

Donnerstag
11/8 °C
Leicht bewölkt

Werben um Volksantrag für G9-Gesetz

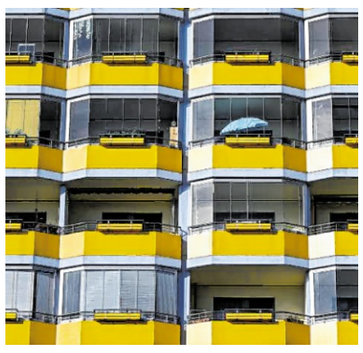
Bildung: Im Main-Tauber-Kreis werden Mitstreiter gesucht

Main-Tauber-Kreis. Derzeit sind sie zu viert im Main-Tauber-Kreis: Yvonne Valentin aus Bad Mergentheim, Marcel König aus Schweigern, Katrin Müller aus Tauberbischofsheim und Dr. Renate Heinisch aus Boxberg. Das Quartett setzt sich für ein Gesetz zur Einführung eines neuen neunjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg bei einer Wahlmöglichkeit für G8-Schnellläuferzüge ein. Sie unterstützen den Volksantrag, der derzeit läuft. Gerade mit Blick auf die Defizite, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, würden die Mängel des G8-Systems verschärft. Darüber hinaus wollen laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Philologenverbands deutlich über 60 Prozent der Eltern ein G9-Gymnasium, knapp 30 Prozent sprechen sich für eine freie Wahl zwischen G8 und G9 aus.

▶ Bericht Lokales

Wohnraum weiter überteuert

Bundesbank: Inflation engt Interessenten ein



Wohnungen in Potsdam: Kaufpreise für Immobilien sind zuletzt gesunken. BILD: DPA

Frankfurt. Häuser und Wohnungen in Deutschland sind einer Bundesbank-Analyse zufolge trotz zuletzt sinkender Preise nach wie vor oft überteuert. „Die Überbewertungen bei Wohnimmobilien gingen im Jahresmittel 2022 nicht zurück", stellte die Bundesbank in ihrem am Montag veröffentlichten Monatsbericht fest. „Gemäß aktuellen Schätzergebnissen lagen die Immobilienpreise in den Städten zwischen 25 Prozent und 40 Prozent über dem Preis, der durch soziodemografische und wirtschaftliche Fundamentalfaktoren angezeigt ist."

Zwar waren in der zweiten Jahreshälfte Preisrückgänge zu beobachten: Die Inflation und steigende Hypothekenzinsen engten den Finanzierungsspielraum vieler ein. Die Wohnungsnachfrage ließ nach. Zugleich hielten gestiegene Baupreise und Wohnungsmangel gerade in Ballungsräumen das Preisniveau hoch. „Die in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Wohnimmobilienpreise wirkten der noch bis zur Jahreshälfte sehr kräftigen Teuerung nur ansatzweise entgegen", fasst die Bundesbank zusammen. Wohnimmobilien seien im Jahresmittel etwa ebenso stark überbewertet gewesen wie zuvor. *dpa*

Biden besucht Kiew

Ukraine: Der Aufenthalt des US-Präsidenten kurz vor dem ersten Jahrestag des Kriegsbeginns hat große Symbolkraft

Kiew. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen hat US-Präsident Joe Biden erstmals seit Beginn des russischen Angriffskriegs vor fast einem Jahr die Ukraine besucht. Bei dem mehrstündigen Aufenthalt in der Hauptstadt Kiew versicherte Biden Präsident Wolodymyr Selenskyj weitere Unterstützung. Er kündigte auch neue Sanktionen gegen Russland an. Zusammen mit Selenskyj gedachte er der ukrainischen Gefallenen. An diesem Freitag ist es genau ein Jahr her, dass Russland seinen Angriffskrieg gegen das Nachbarland begann.

Am frühen Nachmittag verließ Biden Kiew wieder. Weitere Station seiner Reise ist Polen. Trotz Luftalarms spazierten die beiden Staatschefs am Vormittag auch gemeinsam durch die Stadt. Der US-Präsident lobte insbesondere den Verteidigungswillen der Menschen in der Ukraine. „Ein Jahr danach hält Kiew stand. Und die Ukraine hält stand. Die Demokratie hält stand." Nach Angaben von mitgereisten US-Journalisten fügte er hinzu: „Die Amerikaner stehen mit Euch, und die Welt steht mit Euch."

Selenskyj dankte bei einem gemeinsamen Statement im Marien-Palast für einen „Besuch in schwierigsten Zeiten" und sprach von einem „extrem wichtigen Zeichen der Unterstützung für alle Ukrainer". Er sagte demnach auch: „Diese Unterhaltung bringt uns dem Sieg näher." Zugleich bat er um weitere militärische Unterstützung.

„Wir stehen zusammen"

Biden ging auch auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin ein. „Putin hat gedacht, dass die Ukraine schwach sei und der Westen unterschiedlicher Meinung", zitierten ihn US-Reporter. „Er lag einfach völlig daneben. Den Beweis sieht man ein Jahr später hier in diesem Raum. Wir stehen zusammen."

Russland war am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert und führt seitdem einen brutalen Angriffskrieg. In den vergangenen Wochen war bereits spekuliert worden, dass Biden eine für Dienstag angekündigte Reise nach Polen mit einem Besuch in der Ukraine verbinden könnte. Das Weiße Haus hatte mehrfach erklärt, das sei nicht geplant. Hochrangige Reisen in Krisengebiete werden allerdings üblicherweise bis zum letzten Moment geheimgehalten.

Bei seinem Treffen mit Selenskyj kündigte Biden nach Angaben eines kleinen Pools mitreisender Reporter ein weiteres Hilfspaket für Kiew im Umfang von einer halben Milliarde US-Dollar an. Details dazu sollten folgen. Der US-Präsident stellte außerdem in Aussicht, dass es noch im Laufe der Woche weitere Sanktionen gegen Russland geben wird. Auch hier nannte er zunächst keine Einzelheiten. Parallel dazu berieten auch die EU-Außenminister in Brüssel über neue Strafmaßnahmen.

Zeichen der Unterstützung

Zahlreiche Staats- und Regierungschefs sowie Minister aus anderen Ländern hatten die Ukraine in den vergangenen Monaten bereits besucht – einige auch mehrfach. Auch aus den USA waren Regierungsmitglieder dort. Als Präsident war Biden zuvor noch nie in der Ukraine, zuvor aber schon. Für ihn gelten generell deutlich höhere Sicherheitsanforderungen. Dass er seinen Besuch nun unmittelbar vor den ersten Jahrestag legte, hat hohen Symbolwert – als Zeichen der Unterstützung des wichtigsten und mächtigsten Verbündeten. *dpa*

▶ Kommentar und Bericht Politik

Sorge vor Infektionskrankheiten

Erdbeben: In Deutschland haben Unternehmen und Verbände dringend benötigte Arzneimittel zugesagt

Ankara/Berlin. Zwei Wochen nach der Erdbebenkatastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet richten sich die Sorgen nun vor allem auf die Gesundheitsversorgung der betroffenen Bevölkerung. Die EU-Gesundheitsbehörde ECDC warnte am Montag davor, dass sich Infektionskrankheiten in der Region ausbreiten könnten. Während die unmittelbaren gesundheitlichen Bedürfnisse nach den Beben vor allem mit Traumata und der unterbrochenen Gesundheitsversorgung zusammenhingen, könnten Infektionserkrankungen in den kommenden zwei bis vier Wochen Anlass zur Sorge geben, teilte die Behörde am Montag in Stockholm mit.

Die Zahl der Menschen, die durch das Erdbeben getötet wurden, ist inzwischen auf mehr als 47 000 gestiegen. In vielen Provinzen in der Türkei wurden die Sucharbeiten nach Verschütteten beendet.

Ein Mann trägt ein Kind durch eine Notunterkunft, die für die Opfer des Erdbebens an der türkisch-syrischen Grenze errichtet wurde. BILD: ANAS ALKHARBOUTLI/DPA

Krankheiten, die durch Lebensmittel und Wasser übertragen werden, sowie Atemwegsinfektionen und durch Impfung vermeidbare Infektionen stellten in der kommenden Zeit ein Risiko dar, erklärte ECDC. Derweil sagten Unternehmen und Verbände in Deutschland am Montag dringend benötige Materialien wie Arzneimittel, medizinische Geräte und weitere Produkte im Millionenwert zu, wie das Bundesgesundheitsministerium in Berlin nach einem „Spendengipfel" mitteilte. Die Hilfsgüter sollen schnell in die Krisengebiete gebracht werden – von den Firmen selbst oder in Kooperation mit der türkischen Regierung sowie mit Helfern. *dpa*

Auf Nachbarn geschossen

Festnahme: 57-Jähriger nutzte eine Schreckschusswaffe

Lauffen. Mehrfach mit einer Schreckschusswaffe soll am Sonntagabend ein 57-Jähriger in Lauffen am Neckar auf seinen Nachbarn geschossen haben. Gegen 21.15 Uhr stellte ein 32-Jähriger zunächst eine Beschädigung an seiner Wohnungstüre in einem Mehrfamilienhaus in der Bahnhofstraße fest. Da er vermutete, dass sein Nachbar etwas mit dem Schaden zu tun haben könnte, klingelte er an dessen Tür. Der 57-Jährige soll mit einer Schreckschusspistole in der Hand die Tür geöffnet und unvermittelt einen Schuss in Richtung des 32-Jährigen abgegeben haben. Dieser ergriff daraufhin die Flucht, woraufhin sein Nachbar noch zwei Mal hinter ihm her geschossen haben soll. Nachdem der Flüchtende das Haus verlassen hatte, informierte er die Polizei. durch welche der 57-Jährige in seiner Wohnung widerstandslos vorläufig festgenommen werden konnte.

Kundenforum Tauberbischofsheim
Schmiederstraße 19
97941 Tauberbischofsheim

Kundenservice
09341 – 83 0

E-Mail
Abonnement/Zustellung: kundenservice@fnweb.de
Anzeigenabteilung: fn.anzeigen@fnweb.de
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

FN-Reisen
09341 – 83 222
tbb@fn-reisen.com

4 190291 702700 20108